

Die EU-Kommission als Geisterfahrerin

Gastkommentar. Bei der EU-Renaturierungsverordnung, durch die mit riesigem bürokratischen Aufwand 20 Prozent der Fläche Europas in ihrem Naturzustand verbessert werden sollen, wurde eines übersehen: die Menschen, die dort leben.

VON MAXIMILIAN SCHAFFGOTSCH

Am 12. Juli fand die EU-Renaturierungsverordnung nur knapp die Zustimmung im Europäischen Parlament. Die Erleichterung war spürbar – jedenfalls in den Medien und den Nicht-regierungsorganisationen (NGOs). Auch „Die Presse“ diagnostizierte, die Europäische Volkspartei (EVP) hätte sich in Fundamentalopposition verrannt.

Haben wir wirklich fast 50 Prozent Geisterfahrer in EU-Parlament? Will wirklich knapp die Hälfte unserer Parlamentarier unseren Untergang, weil sie aus Wahlkalkül oder Zynismus weder Artensterben noch Klimawandel bekämpfen wollen? So wird es häufig dargestellt. Aber so oberflächlich kann man die entstandene Kluft weder beschreiben noch überbrücken.

Wer erkennen möchte, warum der Widerstand der unmittelbaren Hauptbetroffenen dieses Projekts mit seinen richtigen und hehren Zielen so groß ist, dem sei nahegelegt, den Text des Regelwerks auch einmal wirklich zu lesen. Das ist zu nächst selbst für den geübten Juristen schon rein sprachlich eine Qual. Aufschlussreich ist aber – wie so oft – was nicht zu finden ist: Der Mensch, vor allem der Bauer, kommt einfach nicht vor.

Eine Kleinigkeit übersehen

Kommission und Parlament haben eine Kleinigkeit übersehen. Auf und von den 20 Prozent der Fläche Europas, die nun mit riesigem bürokratischen Aufwand in ihrem Naturzustand verbessert werden sollen, leben auch Menschen. Welche Rolle spielen die mit ihren betroffenen Grundrechten im Modell der Kommission? Eine ganz vorrangige, würde man meinen.

Doch nein, Grundrechte kommen in gerade einmal zwei (sic!) Sätzen im Erklärenden Memorandum vor. Im ersten Satz stellt die Kommission sich selbst das abstrakte Zeugnis aus, Grundrechte zu beachten. Im zweiten Satz nimmt sie dann auf den Beitrag zum „Recht auf ein hohes Naturschutzniveau“ Bezug.

Auch die Dutzenden Begründungserwägungen helfen nicht aus der Not. Irgendwann nach der siebzehnten, empfiehlt der Text den Mitgliedstaaten einen gesellschaftlich übergreifenden Ansatz bei der Umsetzung der Renaturierungspläne

unter Beteiligung der Öffentlichkeit und unter Rücksicht auf die lokalen Gemeinden „and stakeholders“. So legen diese Erklärungen und Erwägungen wortreich offen, was die Kommission leitet und was ihr wichtig ist.

Meinen Sie, dass so die für die tatsächliche Renaturierung der Flächen wichtigsten aller Stakeholder, nämlich Eigentümer und Bewirtschafter, zu gewinnen und begeistern an Bord zu holen sind? Das knappe Abstimmungsergebnis vom 12. Juli spricht nicht dafür.

Und hat die Kommission einen guten Job für die unbestreitbar guten Ziele geleistet, wenn sie die Allgemeinheit zu haarscharf über 50 Prozent überzeugen konnte, die wichtigsten Partner für die Umsetzung des Projekts aber zu wohl weit mehr als 90 Prozent verprellt, verschreckt, erboht und in Opposition getrieben hat? Werden wir so die Renaturierung hindern?

Alternativen weggewischt

Nun könnte es natürlich sein, dass das alles nur „passiert“ ist. Man könnte auch meinen, mit genügend Aufklärung über die gute Sache wird sich das alles schon einrennen. Der Optimismus braucht noch



mehr Naivität als Mut. Denn der Kommission ist hier nicht einfach ein Unfall passiert, sie hat vielmehr sehenden Auges und aus Überzeugung diesen Weg gewählt. Ist am Ende sie die Geisterfahrerin? Dafür spricht nicht wenig. Denn der Kommission lagen Vorschläge für einen ganz anderen Ansatz vor. Es gibt Alternativen zum hoheitlichen Top-down-Modell, das die Kommission gewählt hat. Doch die wurden aus weltanschaulichen Gründen nicht verfolgt.

Der Kern des alternativen Modells ist die nüchterne Erkenntnis, dass jene Systeme am schnellsten die besten Ergebnisse hervorbringen, die Privatinitiative fördern und belohnen. So gewinnt ein System

DER AUTOR



Maximilian Schaffgotsch ist Land- und Forstwirt in Niederösterreich, Rechtsanwalt in Wien mit Schwerpunkt im Umwelt- und Naturschutzrecht. Er ist Funktionär im Internationalen Rat zur Erhaltung des Wildes und der Jagd.

auch die höchste Anzahl an Unterstützern, die es tragen und zum Erfolg führen. Diese Wirkmechanismen sind der Grund für den historisch einmaligen Erfolg der kapitalistisch wirtschaftenden Demokratien, wie sie die Aufklärung entwickelt hat.

Funktionierende Modelle

Suppressive Systeme hingegen demotivieren, erfordern hohen bürokratischen Aufwand und produzieren mehr Reibungsverluste als positive Ergebnisse. Das erfolgreiche System funktioniert auch im Naturschutz. Es verzinst das knappste Gut – intakte Natur – besser als die konventionelle Bewirtschaftung.

Einer der ältesten Nationalparks der Schweiz stellt das unter Beweis. Er wurde auf Basis von Verträgen mit den Eigentümern der hochwertigen Flächen aufgebaut. Das Modell funktioniert seit rund hundert Jahren. Auch im burgenländischen Seewinkel wurden wertvollste Naturschätze schon vor Jahrzehnten so gerettet.

Dieses alternative System würde aber noch etwas transparent machen: die Kosten unseres Ressourcenverbrauchs. Das ist dann vielleicht nicht populär. Denn den

Artenverlust verursachen ja nicht die ach so dummen Landbewirtschafter aus Ignoranz, sondern weil der Druck des herrschenden Wettbewerbs sie zwingt, die nachgefragte Ware möglichst effektiv für einen Markt herzustellen, der heute nicht bereit ist, für das teurere (zu Beispiel insektenfreundliche) Produkt auch mehr zu zahlen.

Das will der Konsument so, der ja bereits bei zehn Prozent Kostensteigerung für seine Nahrungsmittel völlig verständlicherweise auf die Barrikaden geht. Welche Bastionen wird er beziehen, wenn ihm nun zum Vorteil der tierischen Mitgeschöpfe endlich die richtige Rechnung präsentiert wird?

Wenn wir effektiven Naturschutz wollen – und das sollten wir dringend –, dann hat unser Leben einen anderen Preis, nämlich den unter Ausweis der wahren Kosten für die Beanspruchung unserer Natur. Diesen Preis müssen aber natürlich auch alle zahlen.

Unbequeme Wahrheit

Wertschätzender Umgang mit der Natur ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Erfüllung sich an der Supermarktkasse genauso zu spiegeln hätte wie im leisen Spaziergang auf dem Waldweg. Die Natur ist für niemanden ein Selbstbedienungsladen. Sie hat Wert und Preis.

Doch wer will das? Offenbar nicht viele. Jedenfalls hat es die Kommission explizit abgelehnt, sich mit Alternativmodellen zu befassen. Zu unbequem ist die Wahrheit für uns alle als kollektive Verursacher der Ressourcenbeanspruchung. Also erfinden wir noch ein bürokratisches Alibi. Wir vermeiden die Verteilung der Lasten auf alle Schultern. Stattdessen legen wir den Eigentümern eines Fünftels der Flächen weitere Fesseln an.

Damit das billig geht, ignorieren wir gleich vorsorglich deren Grundrechte. Eine bemerkenswerte „Solidarität“, die ausgerechnet jene straft, die ihr Naturerbe bisher am schonendsten behandelt haben. Verursacht das dann doch Aufregung, treiben wir die Bauern und ihre Vertreter (unter gleichzeitigen Belehrungen) als Sündenböcke durch die Stadt. Wäre es nicht stattdessen an der Zeit, selbstkritisch zuzuhören?

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Scharfsinnig und treffend

„Hymnus an unsere Retter ...“; *Gastpolemik von Martin Horváth*, 10. 7. Ein großer Dank an Martin Horváth für das unterhaltsame, scharfsinnige und treffende Loblied. Wie traurig, dass es wahr ist. Danke auch an die „Presse“, dass Sie den Mut haben, dieses zu veröffentlichten.
Julia Angerer, 8990 Bad Aussee.

Eine Kulturschande, wie Österreich damit umgeht

„Schatzjägerin von Ankara: Österreich ist auch nicht einfach“ von *Susanne Güsten*, 12. 7. Herzlichen Dank, dass Sie neben dem Pergamonaltar auch dieses Heroon erwähnen. Ich glaube nämlich, dass es eine Kulturschande ist, wie Österreich mit diesem Kulturdenkmal umgeht. Während dem Pergamonaltar ein riesiger Saal auf der Berliner Museumsinsel gewidmet worden ist, geniert Österreich sich nicht, nach 139 Jahren dieses antike Meisterstück, das Sie

völlig zu Recht dem Pergamonaltar gleichstellen, überwiegend in einem Keller unterzubringen.

Das 1841 wiederentdeckte Heroon ist nämlich zu groß. Von den 211 m (!) sind leider schon vor dem Transport etwa 32 m verloren gegangen. Der dennoch noch immer grandiose Rest dieses riesigen Reliefs konnte zwar 1882–84 nach Wien geschafft, jedoch nie aufgestellt werden. Ausgestellt wurde bloß zunächst einiges im Freien des ersten (?) Innenhofs (bis 1971), weiters an die sieben m (drei Platten) in der ständigen Antikensammlung des KHM, ein paar Platten – glaube ich – in unserem Ephesos-Museum, und das war es. Der Rest ruht im Keller. Das eigene Museum kam nie zustande.

Daher ist m. E. eine Restitution sehr dringlich, auch wenn die Anschaffung völlig legal (!) gewesen ist, nämlich aufgrund eines Fernmandats des Sultans Abdul Hamid II. Für mich als Antikenfreund ist es schier unerträglich, dass ein antiker Kunstwerk dieser Qualität und dieser Bedeutung aus Igno-

Gastbeitrag. Wenn Unternehmen auf höhere Preise verzichten, würden bescheidenere Gehaltsabschlüsse auf dem Fuß folgen.

Gewinnverzicht statt niedrige Löhne

VON OLIVER PICKE

Wer „Lohnzurückhaltung“ sagt, meint in Wirklichkeit Lohnkürzung. Wenn Löhne langsamer steigen als die Preise, verlieren Arbeitnehmer ihre Kaufkraft. Im vergangenen Jahr geschah das unerwartet, weil Unternehmen die Preise im Stakkato erhöhten. Die Kaufkraft der Löhne hingegen sank um über vier Prozent – der stärkste Rückgang seit Beginn der Aufzeichnungen.

Verluste bleiben „picken“

Das werde sich im laufenden Jahr wieder umdrehen, prognostizieren eine Reihe von Wirtschaftsforschern daraufhin. Mittlerweile ist man zurückgerudert: Der Kaufkraftverlust bleibt „picken“, frühestens 2024 könnten die Löhne wieder zu den hohen Preisen aufschließen. Sofern es ausreichende Lohnabschlüsse gibt. Doch genau davor warnen wirtschaftsliberale Ökonomen.

Die Leiter der größten Wirtschaftsforschungsinstitute legten Vorschläge auf den Tisch, um die Kaufkraftverluste der Löhne einzuzeichnen. Der designierte IHS-Chef, Holger Bonin, will Löhne nur mehr alle zwei Jahre erhöht wissen. Das käme die Beschäftigten teuer zu stehen: Knapp 3000 Euro weniger Lohn hieße das für einen Vollzeit-Arbeitnehmer in den nächsten zwei Jahren im Schnitt.

Wifo-Chef Gabriel Felbermayr schlug vor, die österreichischen Lohnanstiege in den Chor für niedrige Lohnabschlüsse ein. Nur: Wer ob dieser Diagnose Lohnzurückhaltung fordert, muss zuvor Gewinnzurückhaltung einfordern. In Österreich werden Löhne im Nachhinein verhandelt – Monate, ja bis zu einem Jahr, nachdem Unternehmen ihre Preise erhöht haben. Wenn Unternehmen nun ab sofort auf Preiserhöhungen so gut als möglich verzichten, folgen niedrigere Lohnabschlüsse auf dem Fuß – ganz automatisch.

Heimische Industrie punktet

Die Argumente für Lohnzurückhaltung stehen auf schwachen Beinen. Felbermayr sorgt sich um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Doch preissensible Massenware wurde längst nach Südostasien verlagert.

Die heimische Industrie punktet mit Qualität, Technologie, Spezialisierung und guten Fachkräften. Lohnkosten spielen eine untergeordnete Rolle.

Ein klares Indiz dafür ist die Produktionsmenge der heimischen Industrie. Vor einem Jahr war die vorgebrachte Begründung für Österreich noch eine andere. Österreich sei ärmer geworden, hieß es. Einkäufe aus dem Ausland, wie russisches Gas, teurer. Das Argument ist überholt. Exportorientierte Firmen brachten die gestiegenen Energiekosten in den Verkaufspreisen unter.

Die letzten Daten zeigen sogar: Österreichs Firmen verkaufen mehr Güter ans Ausland, als sie von dort beziehen. Überhaupt: Die Energiepreise fallen schneller, wie sie gestiegen sind. Die befürchtete Verarmung? Zwei Drittel davon haben sich wieder in Luft aufgelöst, sagt die Nationalbank.

Hausgemachte Teuerung

Zudem stellen die Ökonomen der Bank fest, dass die hausgemachte Teuerung überwiegend aus Unternehmensgewinnen herrührt. Der Energiesektor hat zugehört und mit den Preisen sich selbst die Gewinne erhöht. Viele Betriebe verzichten – anders als die Beschäftigten – nicht auf ihre eigenen Gewinne und geben die Kosten weiter. Die profitgetriebene Teuerung läuft weiter.

Trotzdem stimmten die Spitzen der Nationalbank in den Chor für niedrige Lohnabschlüsse ein. Nur: Wer ob dieser Diagnose Lohnzurückhaltung fordert, muss zuvor Gewinnzurückhaltung einfordern. In Österreich werden Löhne im Nachhinein verhandelt – Monate, ja bis zu einem Jahr, nachdem Unternehmen ihre Preise erhöht haben. Wenn Unternehmen nun ab sofort auf Preiserhöhungen so gut als möglich verzichten, folgen niedrigere Lohnabschlüsse auf dem Fuß – ganz automatisch.

Mag. Oliver Picke, PhD, ist Chefökonom des gewerkschaftsnahen Momentum-Instituts.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN



VON ANNELEISE ROHRER

Was Österreich mit US-Vize Kamala Harris zu schaffen hat

Die unbeliebte Stellvertreterin könnte Präsident Biden 2024 die Wiederwahl vermessen. Austauschen kann er sie nicht. Ein Dilemma mit weltweiten Folgen.

Womit soll man sich in diesen schwülen Sommertagen beschäftigen? Wortüber nachdenken? Warum Bundeskanzler Karl Nehammer in der „ZiB 2“ diese Woche ständig gelacht hat? Wer vor und nach der nächsten Nationalratswahl wie zu FPÖ-Chef Herbert Kickl stehen werde? Wer dann mit wem unter im Augenblick völlig unklaren Umständen (k)eine gemeinsame Regierung bilden könnte?

Wozu, bitte? Immer wieder war Österreichs Situation in den vergangenen Jahrzehnten von den weltpolitischen Gegebenheiten abhängig, aber selten so unmittelbar wie in diesem „Moment des Kriegs und der Gefahr, in diesem Moment des Kräftemessens und der Unsicherheit“, wie US-Präsident Joe Biden in seiner Rede in Vilnius den Ist-Zustand der Welt beschrieb.

Mit welcher Bedeutung immer Österreichs Parteipolitiker die Bundeswahl 2023/2024 aufladen wollen, entscheidend für Österreich wird im Grunde sein, ob Biden die Präsidentschaftswahl 2024 in den USA für sich entscheiden können oder nicht. Und dies wird nicht von Reden abhängen, die rhetorisch stark an Barack Obama erinnern. Dies wird auch nicht von Bidens Optimismus abhängen, den er auf seiner Tour durch Europa versprühen wollte.

Für die US-Wahl 2024 kann ein Dilemma Bidens entscheidend sein, dem bisher in Europa jedenfalls nicht genügend Beachtung geschenkt wird. Sein Name: Kamala Harris, Vizepräsidentin. In die ehemalige Spitzenjuristin und Senatorin aus Kalifornien wurden große Hoffnungen gesetzt. Biden erhielt für seinen geschickten Schachzug 2020 viel Applaus. Doch die erste farbige Vizepräsidentin der USA mit südasiatischem Hintergrund erfüllte sie nicht.

Die jüngsten Umfragen wiesen sie als noch unbeliebter als Biden aus. Ihre Zustimmungsrate lag bei 41 Prozent, jene Bidens bei 52. Als Plus kann sie im entscheidenden Ring mit der extremen Rechten in den USA von Bidens Kampagne also nicht verbucht werden. Traditionell spielt das Amt des Vizeprä-

sidenten mit wenigen Ausnahmen kaum eine politische Rolle. Es gab leistungsschwache und/oder verhaltensauffällige Stellvertreter im Weißen Haus. Manche waren gar Objekte von Spottliedern wie Hubert Humphrey in den 1960er-Jahren. „Hubert wer?“, ließ Komiker Tom Lehrer Präsident Lyndon Johnson mutmaßen.

Die schwache politische Leistung von Harris ließen Rufe in der demokratischen Partei nach einem Wechsel laut werden. Wieder hieß es: Sie kann es einfach nicht. Harris wird mehr als Belastung denn als Stütze für Biden wahrgenommen – immer mit dem Hinweis auf dessen hohes Alter. Bevor jedoch die Aufforderungen seiner Partei, mit 81 Jahren nicht nochmals zu kandidieren, und jene nach einem Rückzug von Harris zu laut werden konnten, verkündete Biden sein Anstreben als Team Biden-Harris. Nach allgemeiner Einschätzung hätte Biden Harris nicht austauschen können, weil er jene vor den Kopf gestoßen hätte – Farbi-

ge und Frauen –, die für seine Wahl ursprünglich entscheidend waren.

Die einzige Möglichkeit, Harris einen „Herzschlag vom Präsidentenamt“ fernzuhalten, wäre ihr freiwilliger Rückzug vor Beginn der Wahlauseinandersetzung.

Was soll das alles Europa oder gar Österreich interessieren? Eine Gedankenübung: Joe Biden macht sich aus Gründen diverser altersbedingter Eigenheiten für die Republikaner angreifbar. Zweifeln können mit Hinweis auf die Vizepräsidentenschaft nicht beruhigt werden. Die Demokraten unterliegen deshalb 2024. Ein Amtsträger aus dem Lager der Republikaner, wer immer es auch sein wird, entzieht der Ukraine die bisherige Unterstützung. Der Angriffskrieg Russlands muss zwangsläufig mit einem Sieg Wladimir Putins enden.

Und dann? Österreich hat dann Nehammer, Kickl, Babler und die Frage, ob die Bier-Partei oder/und die verschleierte KPÖ ins Parlament einziehen werden. Tu felix Austria. Oder?

Reaktionen an: debatte@diepresse.com

Am Montag in der Kolumne von **Kurt Kotrschal**: Warum es mit der Forstwirtschaft so nicht weitergehen kann.

PIZZICATO

Macron und die Makkaroni

Die Tour de France ist mittlerweile in der Region Haute Savoie in den Alpen angekommen, am Fuß des Mont Blanc. Sie machte am Nationalfeiertag Station am Grand Colombier. Sie passierte Städte mit so klingenden Namen wie Belleville-en-Beaujolais, und wir stellen uns vor, wie Legenden wie Fausto Coppi, Eddie Merckx oder Bernard Hinault nach der Etappe einst eine Weinflasche geköpft haben – neben einem Berg an Pasta, etwa Makkaroni.

Emmanuel Macron hat seine obligate Stippvisite bei der Tour schon in den Pyrenäen absolviert. Am Col du Tourmalet verfolgte der radsportbegeisterte Präsident die „Tour der Leiden“. Nicht, dass er selbst auf den Berg geklettert wäre. Der „Macker“ steckt in den Mühen der Ebene fest, und in die Pariser Banlieues sollte er sich erst einmal nicht wagen. Einer der Jugendlichen nannte ihn „Macroni“, als wäre er ein italienischer Fußballer oder eine Nudelsorte.

Am 14. Juli, dem „Bastille Day“, präsidierte Macron an der Seite seines indischen Staatsgasts Narendra Modi über die Militärparade an den Champs-Élysées. Was er ihm am Freitagabend beim Staatsbankett im Louvre kredenzen ließ? Etwas Vegetarisches, womöglich Makkaroni in Curry. Sicher aber keine Astronautennahrung anlässlich der indischen Mondmission, wie sie auch Radfahrer während des Rennens zu sich nehmen. (vier)

E-Mail an: thomas.vieregge@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Expats sind eine sehr spezielle Klientel

„Österreich ist unfreundlichste Land der Welt“, 12. 7.

Da es sich bei der Studie um eine sehr spezielle Klientel handelt, nämlich Expats, ist die Studie alles andere als repräsentativ für Freundlich- oder Unfreundlichkeit in Wien. Vielleicht hatten die Expats Schwierigkeiten bei der Kontaktaufnahme im Golfklub oder wurden in der Spitzengastronomie nicht bevorzugt bedient. Auch beim Edelheuring gab es vielleicht Unfreundlichkeiten.

Jedenfalls dürfte die Überschneidung der Lebenssituationen mit den meisten in Wien lebenden Menschen gering sein.
Dr. Dieter Scholz, 1040 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
Online: Stefanie Kompatscher
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe:
Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: diepresse.com/meinung
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.